



II-4358 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

Zl. 474.954/3-IV/1/75

Parlamentarische Anfrage Nr. 2061/J  
betreffend Investitionsfinanzierung  
für das Montanwerk Brixlegg

2034/A.B.  
zu 2061/J.  
Präs. am 11. JUNI 1975

Herrn

Präsident des Nationalrates  
Anton BENYA

Parlament

Die Abgeordneten Dr. Keimel, Dr. Leitner, Regensburger, Westreicher, Dr. Lanner und Genossen haben am 29.4.1975 unter der Nr. 2061/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die Investitionsfinanzierung für das Montanwerk Brixlegg gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Die Tiroler Tageszeitung vom 26. April 1975 berichtet folgendes:

"Neuer Finanzierungsvorschlag für Brixlegg  
Metallwerke sollen bloß ein Drittel aufbringen, Rest auf  
Gebietskörperschaften.

Innsbruck (ncr-). Im Ringen um die 110 Millionen-Schilling-Investition für das Montanwerk Brixlegg ist nun seitens der Bundesregierung eine neue Finanzierungsvariante vorgeschlagen worden, nachdem die Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf - das Unternehmen schloß letztes Jahr mit einem Verlust von rd. 250 Millionen Schilling - kaum in der Lage sein dürften, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Nach dem neuen Modus, den Vertreter der Bundesregierung kürzlich mit Landeshauptmann Wallnöfer in Wien erörterten, soll die Gemeinde 30 Millionen Schilling von der österreichischen Kommunalkredit AG aufnehmen, für die das Land Tirol die Haftung übernehmen soll. 50 Millionen Schilling sollen aus ERP-Mitteln des Bundes bereitgestellt

- 2 -

werden, wovon allerdings erst sieben Millionen zugesagt wurden. Für diesen Betrag soll das Land den Zinsendienst übernehmen. Der restliche Betrag soll von den Vereinigten Metallwerken selbst aufgebracht werden.

Bekanntlich war das Montanwerk Brixlegg vor einem Jahr mit dem Metallwerk Ranshofen mit der Begründung fusioniert worden, daß seitens der Vereinigten Metallwerke die Kupferhütte Brixlegg durch eine Großwalzdrahtanlage ausgebaut und modernisiert sowie eine Gießerei eingerichtet werden sollte. Als diese Investitionen, die neben der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze auch zusätzlich achtzig neue geschaffen hätten, nicht gemacht wurden, legte der Betriebsrat der Montanwerke Protest ein und forderte in einer Resolution die rasche Realisierung der seinerzeitigen Zusagen. Daraufhin intervenierten Vertreter der Landesregierung bei Bundeskanzler KREISKY, der zusicherte, daß das Investitionsprogramm durchgeführt werde.

Eine Stellungnahme der Vereinigten Metallwerke und der Gemeinde Reith konnte gestern nicht eingeholt werden, da zur Zeit die Beteiligten in Ranshofen eine wichtige Sitzung abhalten. Experten halten es aber für merkwürdig, daß das Land und die Gemeinde in die Investitionsfinanzierung der verstaatlichten Industrie eingeschaltet werden sollen".

Den Presseberichten zufolge wird offensichtlich eine wesentliche Zusage - die der Investition nämlich - nun nicht eingehalten bzw. ein bedenklicher Finanzierungsmodus diskutiert.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

#### A n f r a g e :

- 1) Wurde anlässlich der Fusionierung der Montanwerke Brixlegg mit den Vereinigten Metallwerken Ranshofen die Zusage des Ausbaues von Brixlegg, insbesondere durch die Errichtung einer Großwalzdrahtanlage gemacht ?
- 2) War diese Zusage auch dem Betriebsrat deshalb gemacht worden, um neben der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze auch zusätzlich 80 neue Arbeitsplätze zu schaffen ?
- 3) Wurde diese Investition für Brixlegg nun gestrichen oder bis wann zurückgestellt ?

- 3 -

- 4) Erfolgte diese Entscheidung lediglich zufolge Kapital-Mangel des Eigentümers, obwohl die Investition nach wie vor wirtschaftlich und für Brixlegg unerlässlich ist ?
- 5) Wenn ja, ist der Eigentümer der verstaatlichten Unternehmungen, nämlich der Bund, grundsätzlich für die Kapital-Ausstattung seiner Unternehmen verantwortlich und zuständig oder nicht ?
- 6) Da Sie gemäß den Presseberichten dem Land Tirol und der Gemeinde Brixlegg die teilweise Kapital-Aufbringung bzw. -finanzierung nahelegten, ist offensichtlich also die Notwendigkeit der Investition nach wie vor unbestritten. Mit welcher Begründung jedoch sollen unter Hintanstellung von Gemeinde- und Landesaufgaben dann Land und Gemeinde Kapital- und Zinsenzuschüsse für Unternehmen beisteuern, dessen Eigentümer dafür selbst zu sorgen hat und dazu in der Lage ist, wie der Eigentümer Bund ?
- 7) Sind Sie der Meinung, daß für die Kapital-Aufbringung für Unternehmen welcher Art immer, die Finanzierung über die Kommunal-Kredit-AG gesetzlich möglich und zweckmäßig ist ?
- 8) Werden Sie als Eigentümer-Vertreter auf den Vorstand im Rahmen Ihrer Möglichkeiten einwirken, die dem Werk Brixlegg seinerzeit gemachten Investitions-Zusagen auch einzuhalten ?"

Ich beehre mich diese Anfrage zusammenfassend wie folgt zu beantworten:

"Es ist nach wie vor vorgesehen, daß anlässlich der branchenweisen Zusammenfassung des Bereiches der verstaatlichten NE-Industrie für das Werk Brixlegg in Aussicht genommene Investitionsprojekt der Errichtung einer Gießwalzdrahtanlage zu realisieren. Von der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG (VMW R-B) wurde das Projekt auch bereits als Sonderinvestitionsprogramm für das Jahr 1975 fertiggestellt. Auf Grund mangelnder Finanzierungsmöglichkeiten mußten jedoch von der Unternehmensleitung bereits bestimmte Vorhaben aus den ursprünglich für das laufende Geschäftsjahr vorgesehenen Investitionsprogrammen zurückgestellt werden. Unter diesen zurückgestellten Investitionsvorhaben ist auch das Sonderprogramm Brixlegg mit der Errichtung der Kupfer-Gießwalzdrahtanlage enthalten, deren Bau einen Aufwand von rd. 105 Mio S erfordert. Mit der vorläufigen Zurückstellung des Projektes sind aber in keiner Weise Arbeitsplätze im betreffenden Werk gefährdet, welches derzeit gut ausgelastet ist. Der alsbaldige Ausbau von Brixlegg wird weiter als vordringlich angesehen. Derzeit sollen nach dem Beschluß der Gesellschaftsorgane zufolge der eingetretenen

- 4 -

schwierigen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens in erster Linie jene Vorhaben, die bereits begonnen wurden, zu Ende geführt werden.

Auf Grund der von der Bundesregierung in letzter Zeit geschaffenen Investitionshilfen für die österreichische Wirtschaft habe ich den Generaldirektor der VMW R-B ersucht, nochmals Überlegungen für eine möglichst kurzfristige Realisierung dieses Investitionsvorhabens für die Hütte Brixlegg anzustellen und als maßgeblichen Finanzierungsbeitrag ERP-Mitteln in Aussicht gestellt. Derzeit werden daher vom Vorstand verschiedene Finanzierungsvorstellungen untersucht und ich hoffe, daß in nächster Zeit doch ein Weg zur Durchführung des geplanten Ausbauprogrammes der Hütte Brixlegg zustandekommt. In diesem Zusammenhang wäre eine Förderung der wirtschaftlichen Expansion des Werkes durch das Land Tirol durch eine finanzielle Unterstützung sicherlich begrüßenswert.

Ich möchte allerdings nicht versäumen, auf die in den letzten Jahren bewältigten hohen Investitionsleistungen der verstaatlichten Industrie hinzuweisen, in deren Bereich seit 1970 nicht weniger als 33 Mrd. S investiert worden sind. Dies entspricht etwa einem Drittel der österreichischen Industrieinvestitionen überhaupt. Durch diese kräftige Expansion der verstaatlichten Industrie sind bedeutende Impulse für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft Österreichs ausgegangen.

1975-06-c3

